

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: **A. Quis.**
Schriftleitung und Verbandsstelle: **Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.**
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepaltene Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Klagen der Hüttenherren

Die nordwestliche Gruppe deutscher Eisen- und Stahlindustrieller veröffentlichte kürzlich in Stahl und Eisen ihren Vorbericht zu ihrer demnächst stattfindenden Generalversammlung. Nach dem Bericht ist die Lage in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie zufriedenstellend. Das heißt, daß die Gewinne auch während der Kriegszeit für die Unternehmer sehr bedeutende sind. Derartige wird die Arbeiterschaft in dieser Industrie allerdings nicht sagen können. Sind doch, bis auf wenige Ausnahmen, die Löhne und Akkorde so ziemlich die gleichen geblieben wie vor dem Kriege; wird aber ein höherer Verdienst erzielt, so meistens nur deshalb, weil bedeutend mehr geleistet werden muß. Die Schuld daran liegt allerdings zum sehr großen Teil bei den Hütten- und Walzwerksarbeitern selbst. Hat doch von ihnen erst ein geringer Teil den Wert der Organisation erkannt.

Der Bericht sagt: „Zum Beginn des abgelaufenen Geschäftsjahres war die mit großer Latenz und zäher Ausdauer angefaßte Umstellung der Eisen- und Stahlindustrie für die Kriegsbedürfnisse im vollen Gange. Inzwischen sind die Besorgnisse wegen der Roh- und Hilfsstoffversorgung vor allem dank dem deutschen Erfindungsgeist gelöst, wenn auch die Beschaffung jener Stoffe manchmal einen harten Eingriff der Behörden notwendig machte. Im allgemeinen sind aber diese Schwierigkeiten als gehoben anzusehen.“

Nach dem Bericht ist dann folgende Entwicklung in der deutschen Roheisen- und Flußstahlerzeugung während der Kriegszeit zu verzeichnen. Der erste Monat der Kriegszeit brachte eine Abnahme der monatlichen Roheisenerzeugung von über 1 1/2 Millionen Tonnen auf 587 000 Tonnen. Die Erzeugung hat dann, von kleinen Abweichungen abgesehen, ständig zugenommen und betrug im Juli 1915 bereits wieder über 1 Million Tonnen. Diese Höhe ist — nach dem Bericht — nicht wieder verlassen worden. Die Entwicklung in der Flußstahlerzeugung ist noch bei weitem günstiger. Auch sie fiel in dem Monat Juli 1914 von 1 627 782 Tonnen auf 567 610 Tonnen im ersten Kriegsmonat. Unter stetiger Steigerung betrug sie im März 1915 bereits über 1 Million Tonnen und reicht mit 1,2 Millionen Tonnen im Januar 1916 schon nahe an die Friedensproduktion heran.

Diese günstige Entwicklung in der Roheisen- und Stahlerzeugung während der Kriegszeit ist in erster Linie das Verdienst der deutschen Arbeiterschaft. Die Mühseligkeit muß ungeheure Formen angenommen haben, denn es ist doch zu bedenken, daß sehr viele Hütten- und Walzwerksarbeiter zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Es sind allerdings Gefangene und Arbeiter aus den besetzten Gebieten als Ersatzkräfte eingestellt worden. Aber wie hoch diese Arbeiter in Bezug auf Arbeitsleistung von den Unternehmern eingeschätzt werden, darüber sagt der Bericht: „Eine umfangreiche Erhebung hat ergeben, daß weder das Betragen, noch die Leistungen der Gefangenen der hohen Entlohnung, der angemessenen Unterkunft und der guten Verpflegung entsprechen.“ Was die hohe Entlohnung, die angemessene Unterkunft und die gute Verpflegung betrifft, so möchten wir das bekannte Sprichwort anführen: „Eigenlohn stinkt.“ Wir kennen die Hüttenherren und wissen, wie die Verhältnisse in Wirklichkeit sind. Die deutschen Arbeiter wissen ja davon ein Vießchen zu singen. Im übrigen verbietet uns der Burgfrieden, etwas näher darauf einzugehen. Erwähnen wollen wir nur noch, daß man in dem Bericht die Gefandten der einzelnen Staaten, die die Gefangenen beschützt haben, der Aufschiebung beschuldigt.

Dasselbe Spiel wiederholt der Bericht in Bezug auf die Arbeiter aus den besetzten Gebieten. Es heißt da: „Als weiterer Erfolg der eingezogenen Arbeiterschaft wurden Arbeiter aus den besetzten Gebieten beschäftigt. Von diesen haben sich zum Teil, unter dem Schutze von sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, russisch-polnische Arbeiter ein geradezu unerhörtes Betragen gegenüber der notwendigen Arbeitsdisziplin zuschulden kommen lassen. Die Zügellosigkeit vieler dieser Leute äußerte sich sogar in der planmäßigen (!) Vergeudung der ihnen vorgegebenen durchaus genießbaren Rost, die ihnen in dieser Güte vor dem Betreten deutschen Bodens überhaupt nicht bekannt gewesen sein dürfte.“

Eigentümlich! Vor dem Kriege, da waren die deutschen Arbeiter die vollgeheffenen Strümpfe. Waren es Arbeiter, die mit nichts zufrieden waren. In Bezug auf die Arbeiterschaft ist der Wunschzettel der Hüttenherren von jeher immer sehr lang gewesen. Wo selbst der geringste russisch-polnische Arbeiter ist noch nicht das Ideal der Hüttenherren. Man kann daran erkennen, was sich der deutsche Hütten- und Walzwerksarbeiter bis heute hat gefallen lassen. Das, was wir jahrelang darüber gesagt und geschrieben haben, wird uns jetzt durch den Bericht im Stahl und Eisen bestätigt. Die ungeheure günstige Entwicklung in der Roheisen- und Stahlerzeugung ist also, wie wir sehen, das Verdienst der deutschen Hütten- und Walzwerksarbeiter. Ob die deutschen Arbeiter sich allerdings danach einzichten werden, um in der Zukunft besser bezahlt und behandelt zu werden, wagen wir noch zu bezweifeln. Man sollte allerdings glauben, angesichts der heutigen Verhältnisse müßte auch dem dümmsten Arbeiter die Augen aufgehen.

Aber nicht allein Gefangene und Arbeiter aus den besetzten Gebieten sind es, die jetzt während der Kriegszeit in einer sehr großen Zahl in den Hütten- und Walzwerken beschäftigt sind, sondern auch Frauen und Mädchen haben als Arbeiterinnen in dieser schweren Industrie in einer sehr beträchtlichen Zahl Eingang gefunden. Selbst zu den schwersten Arbeiten werden diese Frauen und Mädchen herangezogen: sie arbeiten auf dem Plaz beim Auf- und Abladen von Eisen, beim Kohlenfahren, Kohlenabladen, als Kranführerinnen, als Heizerinnen usw. Die gesundheitlichen Verhältnisse, unter denen diese Arbeiterinnen tätig sind, sind alles andere als vorbildlich zu bezeichnen. Auch zu dieser Frage äußert sich der Bericht: „Die Verringerung der Arbeiterzahl veranlaßte unsere Werke schließlich noch, eine größere Anzahl weibliche Arbeitskräfte einzustellen. Leider haben sich daraus in Regierungsbezirk Düsseldorf infolge der Schwierigkeiten ergeben, als die Regierung durch besondere Bestimmungen die für die meisten Betriebe notwendige gemeinsame Tätig-

keit von Arbeitern und Arbeiterinnen zum Teil unmöglich machte. Unsere Vorstellungen bei den Zentralbehörden hatten nur bedingten Erfolg.“

Was für Schwierigkeiten das gewesen sein sollen, können wir allerdings nicht genau feststellen. Wir glauben aber sagen zu können, daß sie die Frage der 8 stündigen Arbeitszeit und der Nacht- und der Ueberzeitarbeit betreffen. Die Hüttenherren wollen auch bei Anwendung der weiblichen Arbeitskräfte wunschgemäß herrschen können. Leider müssen wir erklären, daß die Regierung den Wünschen der Unternehmer viel zu viel Rechnung trägt. Wenn in dem Bericht gesagt wird, daß ihnen im Regierungsbezirk Düsseldorf Schwierigkeiten gemacht worden seien, so wird es gewiß mit dem Schutze der Frauen und Mädchen in den anderen Bezirken nicht besonders gut ausfallen, denn schon in dem Düsseldorf bezirk ist die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte eine ziemlich große. Lange Arbeitszeit, niedrige Verdienste, sind keine Seltenheiten. Dazu kommt die gesundheitsschädliche lange Nachtarbeit; von den vielen Unglücksfällen, die sie in den Betrieben über sich ergehen lassen müssen, ganz zu schweigen. Wir sehen aber hier, wo die Reife hingehen soll. An der Zeit wäre es, wenn die Frauen und Mädchen die richtige Lehre daraus zögen. Leider muß gesagt werden, daß dem nicht so ist. Sie sehen zum großen Teil die Beschäftigung in der Fabrik als eine vorübergehende an, was aber nur zum Teil der Fall sein wird. Ein sehr großer Teil wird auch nach dem Kriege noch weiter als Ausbeutungsgegenstand in den Hütten- und Walzwerken tätig sein müssen.

Unser die Jugend!

Unter dieser Ueberschrift sandte ein Verbandskollege, der zurzeit als Landsturmmann am Grenzschutz beteiligt ist, uns folgende nicht gerade neuen, aber doch nichtsdestoweniger zeitgemäßen Betrachtungen:

Der nunmehr 20 Monate währende Weltkrieg hat, wie die Berichte unseres Hauptvorstandes nachweisen, auch in unseren Verband nicht unbedeutende Lücken gerissen, die baldigt auszufüllen unsere vornehmste Aufgabe sein muß. Wohl haben wir die Möglichkeit, aus den Reihen der uns fernstehenden, bisher nicht organisierten Arbeiter unsere Mitgliederzahl zu ergänzen. Wir haben jedoch noch eine höhere Aufgabe zu lösen, welche in der gegenwärtigen Zeit unsere besondere Beachtung verdient. Seit mehr als 10 Jahren haben wir es uns angelegen sein lassen, der Jugendbewegung unsere Aufmerksamkeit zu widmen und ganz beträchtliche Summen wurden durch die Gewerkschaften zu diesem Zweck überwiesen, welche wohl zum Teil die gehegten Hoffnungen erfüllt haben. In den letzten fünf Jahren haben mehrere Verwaltungsstellen unseres Verbandes eigene Jugendabteilungen für unsere jugendlichen Arbeiter und Beihilfsgenossen gegründet, um unserer Organisation einen tüchtigen Nachwuchs zu sichern. Durch sachtechnische Vorträge, Lichtbildvorträge, Besichtigungen von industriellen und kommunalen, unsern Beruf besonders angehenden Anlagen, wurde mit gutem Erfolg die Arbeit der Werkstatt ergänzt, sowie durch allgemein bildende Vorträge und Wanderungen die geistige Regsamkeit nicht unwesentlich gefördert. Dies hatte einen steten Zugang der Mitglieder in den Jugendabteilungen zur Folge, ebenso wie eine rege Beteiligung sich an allen Veranstaltungen wahrnehmen ließ. Die Jahresberichte derjenigen Verwaltungsstellen, wo Jugendabteilungen bestanden, gaben Zeugnis von dem nicht zu unterschätzenden Zugang jugendlicher Mitglieder, welche wir später als sehr eifrige Verbandskollegen und gute Werkkräfte kennen lernten. Doch scheint mir als ob ein Teil unserer älteren Verbandsmitglieder immer noch zu wenig Wert auf diese heranwachsende Kollegenchaft legt. Diese auch für diesen Zweck unserer Organisation anzuregen, sollen diese Zeilen dienen. Es muß unser aller Aufgabe sein, diesem Gebiet, das für uns kein Neuland mehr ist, unsere volle Beachtung zu schenken, und so der Organisation einen Dienst von bleibendem Wert zu erweisen. Wir sehen, wie man auch in der Gegenwart von allen Seiten um die Jugend buhlt, während bei uns noch so vieles unterlassen wird. Unseren Beihilfingen und jugendlichen Arbeitern die richtige Fürsorge und Ausbildung angedeihen zu lassen, muß die vornehmste Aufgabe jedes dazu Berufenen sein, um so mehr als dieser eine gewisse Verantwortung mit der Ausbildung übernimmt.

Infolge längerer Tätigkeit als Leiter einer Jugendabteilung unseres Verbandes hatte ich wiederholt aus dem Munde unserer jungen Freunde Klagen anzuhören, daß nicht selten sonst ganz tüchtige Verbandskollegen in dem Beihilfen ein untergeordnetes Wesen erblickten. Eine unangemessene Behandlung wurde diesen jungen Geschöpfen zu teil, die noch nicht ganz erwachsen und sich keineswegs in jedem Fall einer Schuld bewußt sind, wo andere etwas an ihnen tabeln zu müssen glauben. Es genügen oft wenige Wochen nach Beginn der Lehre, um in dem Jüngling die Freude an seinem zukünftigen Berufe stark herabzudrücken. Viele von uns älteren denken leider nicht mehr an die eigenen Jugendjahre, und so ergibt sich oft eine falsche Behandlung der jungen Gemüter. Der Jüngling, der zum ersten Mal in die Werkstatt kommt, sieht sich in einer durchaus fremden Welt. Eine längere Befangenheit wird jeder aufmerksame Beobachter schon wahrgenommen haben. Wir haben daher die Aufgabe, durch unsern Umgang mit dem jugendlichen uns dessen Vertrauen so bald wie möglich zu erwerben, ihn in allem, was im Bezug zu erlernen ist, gründlich zu unterweisen, und wir werden bei einflussvoller Behandlung und Nachsicht uns nur zu bald das Vertrauen des Jünglings erwerben. Durch unsere Anpassung an das Gemütsleben der jugendlichen ist es wohl auch möglich, einen Einfluß auf seine außerbildung des Betriebes liegende freie Zeit ausüben zu können, und so ein Stück Erziehungsarbeit als Ergänzung zum Elternhaus zu leisten. Wir können und müssen in der gegenwärtigen Zeit, wo so viele Jünglinge der leitenden Hand des Vaters entbehren müssen, diesen die Vaterrolle im Betrieb ersetzen, was bei genügender Einsicht nicht schwer ist. Es ist für unsern Verband von besonderem Vorteil, wenn wir schon zeitig den Jüngling mit den Einrichtungen der Organisation vertraut machen, um ihn später als tüchtigen Mit-

arbeiter in unseren Reihen zu sehen. Vertrauen gegen Vertrauen, muß auch hier die Lösung sein, und wir erweisen durch sorgfältige Heranziehung der Jugend niemand einen besseren Dienst als uns selbst und unserer Organisation. Auch dort, wo wir noch keine Jugendabteilungen haben, sollen unsere Kollegen die jüngsten unserer Berufsangehörigen den Jugendbildungsvereinen zuführen, um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu erwecken. Die arbeitende Jugend unserer für alle Zeit, das muß unsere Lösung sein, und mir erscheint die Zeit nach Ostern, wo wieder viele junge Leute ins Metallgewerbe eingetreten sind, als die geeignetste, solche Bestrebungen durchzuführen. G. K.

Schreckensherrschaft am Clyde

Unter dieser Ueberschrift steht im Labour Leader geschrieben: „Alle tätigen Beamten des Clyder Arbeiterausschusses sind deportiert oder eingesperrt; an die vierzig Streikende wegen Verlassen der Arbeit schwer bestraft; die anstelle der weggeschafften Werkstattvertrauensmänner ernannten Leute entlassen; Standfeste, wie Mac Lean, Muir, Bell und Gallacher, für lange Zeit ins Gefängnis geschickt; Magdon, Mac Dougall, Smith und Benfon sehen im Gefängnis ihrer Aburteilung entgegen; daneben wird gedroht, das Verfahren werde auch gegen andere eingeleitet, die nichts anderes begangen haben, als daß sie für die Arbeiterschaft wirkten. Öffentliche Versammlungen, die einberufen wurden, um gegen die Deportation und Einkerkelungen Einspruch zu erheben, wurden von den Behörden verboten; und der Glasgower Arbeiter ist beigebracht worden, daß eine irische Schweigepflicht ihrerseits während des Krieges genehm ist — und danach ebenfalls. Lloyd Georges Schreckensherrschaft ist auf ihrem Gipfel. Seine Macht wird kurz sein, denn die Empörten am Clyde werden ihre Kräfte sammeln und zu passender Stunde handeln, wirksam handeln.“

Die Zustände in dem überaus fabrikreichen Bezirk Northglants sind eher noch schlimmer, als es die Zensur dem Labour Leader zu schildern gestattet. Schon seit langen Wochen ist der Woll der Metallarbeiterschaft tief und allgemein, und er kann jede Stunde wiederum zum offenen Widerstand, zum Streik, führen. Die Schuld trägt die Regierung und besonders der „Deportationsminister“ Lloyd George. Unter der furchtbaren Bedrängnis von außen und der Furcht vor ihrem immer bedrücklicher werdenden Amtsbote ist der Londoner Staatsrat jede Befähigung abhanden gekommen, die ihnen in der Behandlung von Arbeiterfragen bislang nachgerühmt wurde. Mit dieser Amtstugend ist nun freilich auch in einer dermaßen schweren Zeit nicht viel auszurichten; sie mochte für die Mißbilligkeiten des Werkelages der Friedenszeit gerade ausreichen, die außergewöhnliche Stunde aber heißt etwas mehr Fähigkeiten. Gätte sie solche gezeigt, die keine gewerkschaftliche Ursache hätte nicht die große nationale Wirkung haben können. Der Versuch mit süßlichen Worten, mit Mahnrufen an die patriotische Gefinnung und Versprechung von Belohnungen mußte jetzt versagen, wo eine tausendköpfige Arbeiterschaft um ihr tägliches Brot ringt.

Nach den Berichten der Londoner Presse will es zwar scheinen, als ob die Freundschaft zwischen Regierung und Arbeiterschaft in der letztenen Kriegsfeindschaft, in ihrem Friedensbrang zu suchen sei. Das ist nun keineswegs der Fall. Ihre Ursache ist letzten Endes rein wirtschaftlicher Natur, die nur mittelbar zu offenem Widerstand, zum Streik und den weiteren Folgen führt. Dem ganzen Streit liegt die Forderung nach ungehinderter Ausübung aller gewerkschaftlicher Rechte zugrunde.

Seit Wochen schwebte die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes um 16 % als Ausgleich für die stark gestiegenen Lebensmittelpreise. Nach dem Munitionsgesetz hat die Regierung über solche Verlangen zu befinden. Sie speiste die drängenden Arbeiter mit der Antwort ab, die Lohnfrage sei in „sorgfältiger Erwägung“. Mit der Mißstimmung über diese Verschleppung, wenn nicht spöttische Abweisung, kam den Gewerkschaftern das Gefühl drohender Ohnmacht. Sie sahen ihr berechtigtes Verlangen nach etwas mehr Lohn nicht erfüllt, wohl aber immer mehr Tagelöhner und Frauen an die Plätze von gutbezahlten, organisierten Leuten kommen. Sollten diese durch minderentlohnende Kräfte dauernd ersetzt werden? Wurde den Tagelöhnern und den Frauen auch der gleiche Lohn für gleiche Leistung gezahlt? Danach sollten sich die Vertrauensleute erkundigen. Daß den Unternehmern die Ueberwachung der Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaften gerade jetzt am allerwenigsten willkommen ist, versteht sich. So wurde einem Vertrauensmann das Verlassen seines Platzes zur Befragung von neuereinstellten Leuten verboten. Als er sich nicht um das Verbot kümmerte, kam der Fall vor den Ausschuss für Munitionserzeugung. Der Vertrauensmann weigerte sich, die Vertreter der Regierung für die Entscheidung einer rein gewerkschaftlichen durch Verträge klar festgesetzten Sache zuständig zu halten. Von seinen Kollegen erklärten sich etwa tausend mit ihm solidarisch und legten die Arbeit nieder. Die Unternehmer verhielten sich vorfichtigweise untätig; sie überließen es dem Munitionsminister, den Streitfall zu regeln. Und die Regierung suchte ihn auf ihre Weise zu erledigen: Sie ließ sechs „Kädelshürer“ kurzerhand deportieren und dreißig Teilnehmer an dem Streik wegen Uebertretung des Munitionsgesetzes unter Anklage stellen. Die sechs Deportierten — inzwischen sind es noch vier mehr geworden — wurden in ihrem Heim aufgesucht und ihnen gesagt, daß sie den Glasgower Bezirk zu verlassen hätten. Sie erhielten neben dem Wahnfahrgehalt noch 10 Schilling für sonstige Ausgaben. Als letzter der zehn ist der Kassier des Clyder Arbeiterausschusses, Tom Clark, deportiert worden. Er wurde im geheimen nach Aberdeen, die andern nach Edinburgh geschleppt. Warum sie verhaftet und heimlich, ohne daß ihre Freunde und Verwandten etwas davon erfahren, verschleppt wurden, war ihnen gänzlich unbekannt; keine Mitteilung oder kein Verhaftsbefehl hätte sie darüber auf.

Die deportierten Metallarbeiter werden als „freie Gefangene“ behandelt. Das heißt, es ist ihnen ein bestimmter Aufenthalt angewiesen, den sie ohne Erlaubnis der Militärbehörde nicht verlassen dürfen. Es ist ihnen nicht gestattet, in Geschöftsbetrieben zu arbeiten.

Sie können Versammlungen besuchen, dürfen aber nicht reden. Für ihr Verhalten haben sie von der Militärbehörde eine Wertschrift erhalten, über deren Einhaltung ständig auf Schritt und Tritt einige Geheimpolizisten wachen. Die Warnungen, sich ruhig zu verhalten, stellt es nicht. Drei der Deportierten wurde die freie Ueberfahrt nach America angeboten, was sie selbstverständlich abgewiesen haben.

So hat der verhältnismäßig nebensächliche Streit um das Ueberwachungsrecht der Gewerkschaften durch das Eingreifen der Regierung ein stark politisches Gepräge erhalten. Sie tut und tut ihr möglichstes, um das Vorgehen der Arbeiter in eine vaterlandsfeindliche Handlung umzumünzen, weil sie, und das mit vielem Grunde, glaubt, daß die Arbeiter von der großen Öffentlichkeit nachhaltiger beurteilt werden, wenn ihr die Ueberzeugung beigebracht ist, daß durch die Tätigkeit der Arbeiter am Elbde die Fertigstellung sehr dringend benötigter Kanonen verhindert, also die „wirksamen Mittel zur Vaterlandsverteidigung“ vorzuhalten werden sollen, als wenn sie weiß, daß es sich um Lohnaufbesserung und gewerkschaftliche Rechte handelt. So ließ denn die Regierung durch den Vertreter des Munitionsministers, Adhison, im Unterhaus erklären: „Die gegenwärtige Bewegung hat auch nicht das geringste mit irgend einer wirtschaftlichen Beschwerde zu tun; sie wurde von Beamten der Gewerkschaften nicht anerkannt. Es war klar, daß sie vorzüglich organisiert und darauf gerichtet ist, die Fertigstellung bestimmter Heeresausrichtungen zu verhindern, die im Felde dringlichst verlangt werden. Unter verschiedenen Vorwänden wurden die treuen Arbeiter überredet und eingeschüchelt, an der Bewegung teilzunehmen.“ Nachdem die Öffentlichkeit von der Regierung auf so eigenartige Weise aufgeklärt worden war, folgte die Einschüchterung der Arbeiter. Der Abgeordnete Carlson fragte sehr wahrscheinlich auf Veranlassung der Regierung selbst, im Unterhaus an, „ob schon errogen sei, daß die Ausständigen der Unterstützung der Feinde des Königs schuldig seien und dadurch Hochverrat begangen hätten.“ Über freilich erwäge die Regierung das. Die „Kübelstichter“ seien vorerst deportiert worden, weil ihre Prozeßierung sechs Wochen bis zwei Monate brauche, aber sofortiges Vorgehen unerlässlich gewesen sei.

Mit der angeklagten Prozeßierung ist verdächtig schnell begangen worden. Von den deportierten Metallarbeitern sind bis jetzt zwei zu je zwölf Monaten und einer zu drei Monaten Gefängnis wegen Aufregung verurteilt worden. Das Verbrechen sollen sie in einem Aufsatz: „Sollen sich die Arbeiter bewaffnen?“ begangen haben, der in dem Blatt The Worker abgedruckt ist. Der Aufsatz, der die Notwendigkeit der Bewaffnung erklärt, kommt zu dem Schluß, daß sie nicht nötig sei, da die Arbeiter alle nötigen Reformen durch gewerkschaftliche sowie politische Weigerung und Organisation erlangen könnten. Ein anderer der Deportierten, Mac Sean, ist zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er sich in vier Reden der Aufregung schuldig gemacht haben soll. Das Gericht glaubte nur Polizeiberichten und ließ sich darin durch die Aussagen nichtamtlicher Zeugen nicht beeinflussen.

Die Verurteilungen werden als persönliche Wache des „Deportationsministers“ Lloyd George angesehen. Das mag so uneben nicht sein. Er hat keine Ursache, die deportierten Metallarbeiter sonderlich zu lieben. Bei seiner letzten Anwesenheit am Elbde bezogten sie wieder Furcht noch Hochachtung vor ihm. Als er die Lohnfordernden Arbeiter mit gefühlswundlichem Schreien einzuweisen, zum Verzicht auf gewerkschaftliche Rechte, Lohnzulage und Streik zu überreden versuchte, rief ihm einer der Vertrauensleute mit: „Genug mit Gefühlsbuseleien, kommen Sie zur geschäftlichen Angelegenheit (Lohnzulage)“ in die Rede. Darob soll der Kaiser Vorwürfe arg verknüpft von demselben gezogen sein, und von nun an seinen Gehilfen die Dämpfung der Unruhen am Elbde überlassen. Allein, auch die jetzigen am Elbde erschienenen beamteten und privaten Vermittler haben wenig Seide auf die Regierungsspitze zu bringen vermocht. Selbst die gewerkschaftlichen Unterhausabgeordneten, deren Eingreifen so laut verkündet, wovon so viel Wunderbares erwartet wurde, ist nicht einmal ein gegläubter Friede gelungen. Der Ausnahmewegen der Maßregelung von Vertrauensleuten ist nach einer jähneler starken Ausbreitung zwar wieder abgebrochen worden, aber er kann, wie schon gesagt, jede Stunde wieder ausbrechen.

Das ist leicht zu verstehen. Infolge der schweren Bestrafung der verbannten Vertrauensleute ist der Groß aus neue emporgelodert. Zu einer Verwirrung der Feindseligkeiten zwischen Arbeiterschaft und Regierung durch Schlichtung der jähweden gewerkschaftlichen wie wirtschaftlichen Streitfragen kann es kaum kommen, da die Gewerkschaften als erste Vorbedingung der Unterhandlungen die bedingungslose Zurücklassung der Verbannten, ihrer kennzeichnenden, vertrauenswürdigsten Kollegen, verlangen. Dazu will sich die Regierung nicht verstehen, aus Furcht, sich eine Blöße zu geben. So bestreift sie sich denn weiter, mit vorwärtlichen Polizei- und Justizmitteln, mit Verbannungen und jähweden Verurteilungen der großen Metallarbeiterschaft am Elbde Irrendlichkeit, Liebe und Lust für Regierung, Vaterland und Arbeit beizubringen. Mit viel Hoffnung auf Erfolg wird sie sich wohl selbst nicht trauen. Denn Liebe läßt sich nur bei Händen einprügeln. **Fritz Kummer.**

seltensten Fällen zu einem Ausschub zu scheitern brauchen. Die Kollegen, die nun einmal durch Annahme eines Meisterpostens ihre Lage glauben verbessern zu müssen, werden sehr wahrscheinlich bald von selbst unsern Verbände den Rücken kehren, gedrängt von ihren neuen Meister-Kollegen, und auch vom Unternehmer selbst. Auch hier lehrt uns die Erfahrung schon alles. **L. S. (Im Felde.)**

Unser Verband in der 91. Kriegswoche

In nachstehender Übersicht ist das Ergebnis unserer Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit während der 91. Kriegswoche dargestellt. **Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungsteilen: Gassen, Göbau, Neustadt i. S., Schlei, Stendal, Tangermünde, Cuxhaven, Uetersen, Düren, Gummersbach, Pleitenberg, Friedrichshafen, Börsach, Oberndorf, Zweibrücken und Lindau.**

Übersicht über die Zeit vom 23. bis 29. April 1916.

Bezirk	Verwaltungsteil haben	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche	Mitgliederzahl am Ende der Woche	Davon zum Heer eingezogen	Mitgliederzahl am Ende der Woche	Davon arbeitslos	zum Gesamt	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung	
1.	36	—	5942	100	62	5842	27	0,5	43
2.	24	—	4885	63	37	4772	25	0,5	148
3.	31	1	7591	126	72	7465	37	0,5	202
4.	51	2	34700	328	170	34372	181	0,5	720
5.	80	3	28918	333	206	28585	114	0,4	611
6.	41	2	28281	216	82	28065	28	0,1	175
7.	34	3	23481	220	93	23241	37	0,2	258
8.	28	—	10200	150	93	10050	61	0,6	394
9.	47	4	18987	176	98	18611	733	4,7	322
10.	39	1	19329	102	35	19227	517	2,7	2448
11.	1	—	51757	128	128	51629	464	0,9	1905
Zus.	412	16	232001	1942	1076	230959	2274	1,0	7226

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Neuaufgenommenen.

In der Berichtswoche fanden (außer Berlin) 951 Aufnahmen statt. 1076 Mitglieder wurden zum Heer eingezogen, gegen 669 in der Vorwoche.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug 2274 oder 1,0 v. H. der Mitgliederzahl, gegen 2233 oder ebenfalls 1,0 v. H. der Mitgliederzahl in der vorhergehenden Woche.

Krank waren 3751 oder 1,6 v. H. der Mitgliederzahl gemeldet, gegen 3774 oder ebenfalls 1,6 v. H. in der vorhergehenden Woche. Die bezahlte Krankenunterstützung betrug 14054 M.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Berichtswochen	Verwaltungsteil haben	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche	Mitgliederzahl am Ende der Woche	Davon zum Heer eingezogen	Mitgliederzahl am Ende der Woche	Davon arbeitslos	zum Gesamt	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
1. August 1914	—	—	—	—	523814	13132	2,5	—
1.-4. Som. 2.	8. bis 29. 8.	422	30	143349	377756	73805	19,5	1237091
5.-8. "	30. 8. - 26. 9.	364	28	155913	351804	50431	14,3	1625079
9.-13. "	27. 9. - 31. 10.	433	13	134683	348271	27727	7,9	1193869
14.-17. "	1. 11. - 28. 11.	433	13	93503	338472	16793	4,9	454173
18.-22. "	29. 11. - 2. 1. 15.	415	30	11091	323565	12753	3,9	285080
23.-26. "	3. 1. - 30. 1. 13.	422	20	7117	316822	8318	2,6	153122
27.-30. "	31. 1. - 27. 2. 1.	429	14	7818	312268	6581	2,1	106308
31.-34. "	28. 2. - 27. 3. 1.	416	25	9013	303496	5200	1,7	75090
35.-39. "	28. 3. - 1. 5. 1.	420	20	12003	291526	4593	1,6	79192
40.-43. "	2. 5. - 29. 5. 1.	418	22	10119	283104	4028	1,4	47168
44.-47. "	30. 5. - 26. 6. 1.	416	23	10306	271619	3728	1,4	45222
48.-52. "	27. 6. - 31. 7. 1.	423	14	10510	264577	3414	1,3	31463
53.-56. "	1. 8. - 28. 8. 1.	418	18	7952	258792	3464	1,3	41279
57.-61. "	29. 8. - 2. 10. 1.	410	24	12040	251999	2997	1,2	44274
62.-65. "	3. 10. - 30. 10. 1.	416	18	10511	245325	2377	1,0	29477
66.-69. "	31. 10. - 27. 11. 1.	419	15	8395	238564	2271	1,0	22895
70.-74. "	28. 11. - 1. 1. 1.	418	13	6652	233107	2451	1,0	30272
75.-78. "	2. 1. - 29. 1. 1.	421	10	3106	232638	2641	1,1	30178
79.-82. "	30. 1. - 26. 2. 1.	421	10	2983	231070	2583	1,1	31659
83.-87. "	27. 2. - 1. 4. 1.	413	18	8497	226570	2281	1,0	43232
88. "	2. 4. - 3. 4. 1.	412	18	1250	220131	2144	0,9	8558
89. "	3. 4. - 15. 4. 1.	415	15	764	220183	2086	0,9	6181
90. "	16. 4. - 22. 4. 1.	413	17	662	220439	2233	1,0	9787
91. "	23. 4. - 29. 4. 1.	412	16	1076	220059	2274	1,0	7226

Die Zahl der Arbeitslosen weicht auch in den letzten vier Wochen keine nennenswerte Veränderung auf. Sie schwankt seit Oktober 1915 zwischen 1,0 und 0,9 v. H. der Mitgliederzahl.

Arbeitslosenunterstützung wurde seit Beginn des Krieges 5675974 M. ausbezahlt.

Zum Heer sind bisher 323496 Mitglieder eingezogen worden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Forderungen zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 21. Mai der 22. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. Mai 1916 fällig ist.

Sein Vorstand ist wiederholt angefragt worden, ob mit dem Inkrafttreten des neuen Statuts am 1. Januar 1916 die Erwerbslosenunterstützung in Krankheitsfällen in voller Höhe, wie im Statut festgelegt ist, zur Auszahlung kommen soll.

Wir machen darauf aufmerksam, daß in Nr. 50 der Metallarbeiter-Zeitung vom 11. Dezember 1915 ausdrücklich vom Vorstand darauf hingewiesen wurde, daß Erwerbslosenunterstützung in Krankheitsfällen nur in dem Umfang ausbezahlt werden darf, wie der 12. ordentliche Verbandstag in Berlin beschlossen hat.

Darüber hat bis auf weiteres Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit nur zur Hälfte der im Statut vorgeschriebenen Höhe und erst nach einer Karenzzeit von 14 Tagen ausbezahlt werden.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Verband des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man an den Kassierern, Stuttgart, Rüststraße 16a; auf dem Postfach ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Beschlüssigen anzugeben.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Metallarbeiter.

Beim Die Lloyd-Dynamowerke, die früher eine besondere Abteilung der Hansa-Lloydwerke bildeten, sind jetzt eine selbständige Arbeiter-Gewerkschaft entstanden. Die Versammlung desselben wird dieser Firma in ein Vertragsverhältnis zu gelangen. Nach Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat der Hansa-Lloydwerke wurde mit dem Arbeiterausschuß am Ende April auch ein Vertrag abgeschlossen. Arbeitszeit, Stundenlohn und die Abfertigung

wurden mit einigen Ausnahmen für Wälder wie auf den Hansa-Lloydwerken festgelegt. Die Abfertigung ist etwas höher und auch, wie der Herr Direktor sagte, fester, unterliegen also nicht den Schwankungen wie auf den Lloydwerken. Für Monteur, die die Dynamos aufstellen usw., wurden noch besondere Vereinbarungen getroffen. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt auch hier 9 Stunden. Ueberstunden und Nachtarbeit werden mit den in der Werkstattdienst Zuschlägen bezahlt. Die Arbeitsstunden auf Montage werden mit 50 v. H. Zuschlag als Abfertigung, Bahnfahrt und Wohnung werden mit 30 v. H. Abfertigung bezahlt. Bei auswärtigen Montagen erhalten Monteur und Hilfsmonteur eine Montagezulage von 4 M den Tag, für die Dauer des Krieges wird außerdem eine Kriegszulage von 1,50 M den Tag gemährt. Für den Tag der Abreise wird diese Zulage ganz bezahlt, wenn die Abfahrt vor 12 Uhr mittags, dagegen nur die Hälfte, wenn die Abfahrt nach 12 Uhr stattfindet. Bei Stadtmontagen wird eine Zulage von 25 v. H. zum Stundenlohn bezahlt. Mit jugendlichen Arbeitern werden jeweils vor der Abreise besondere Vereinbarungen getroffen. In der am 28. April abgehaltenen Betriebsversammlung wurden diese Vereinbarungen einstimmig angenommen. Wir wiederholen den bereits in der Versammlung ausgesprochenen Wunsch, daß die Kollegen zu jeder Zeit auf dem Posten sein und wie bisher die Organisation nicht vernachlässigen mögen, da sie nach wie vor den nötigen Rückhalt bietet. Auch bei dem neugegründeten Betrieb Warschauer Le wurde mit der Betriebsleitung bereits Rücksprache genommen und die Fragen der Zuschläge für Ueberstunden, Nachtarbeit und vor allem für die Wechselzeit geregelt. Auch die Frage der Einstellungslohn wurde geregelt: Für Schlosser und Dreher wurden 80 %, für Werkzeugdreher 90 % festgelegt. Die Preisarbeiter bekommen Abford. Auch hier mußte die Organisation tüchtig nachhelfen.

Chemnitz. Am 27. April tagte im Volkshaus die vierteljährliche Generalversammlung unserer Verwaltungskasse. Nach dem Geschäftsbericht für das erste Vierteljahr 1916, den der Bevollmächtigte erstattete, ist die Mitgliederzahl von 7132 auf 6951, um 181 = 2,5 v. H. gesunken. Abgereicht sind 105, zugereicht 72, so daß infolge Zu- und Abreise ein Verlust von 33 entstanden ist. Außerdem sind 20 Mitglieder im 1. Vierteljahr gestorben, darunter 7 Unfälle. Der größte Abgang erfolgte durch freiwilligen Austritt und Streichung wegen Beitragsverweigerung, 372 = 5,2 v. H., darunter 6 Arbeiterinnen und 25 jugendliche Mitglieder. Eingetretene sind 388, denen 372 Austritte = 95,9 v. H. gegenüberstehen. Von den 6951 Mitgliedern gehören der I. Klasse 5977, der II. Klasse 33 an, davon 2 weibliche. Der III. Klasse gehören an 364 weibliche, 416 jugendliche und halbunvalide; der Klasse IV (Zusatzklasse) 161. Die Zahl der organisierten Arbeiterinnen ist von 270 auf 366 = um 96 oder um 35,5 v. H. gestiegen. Die Zahl der männlichen Mitglieder sank von 6862 auf 6585 = 277 oder um 4 v. H. Uebertritte in die II. Klasse erfolgten 28, darunter 1 Arbeiterin. Diese Uebertritte verteilen sich auf die Bezüge: Hilfsarbeiter 18, Nadelmacher 4, Bohrer, Polierer, Zuschläger, Anstreicher und Schmiede je 1. Abgehend wurden 4 Uebertrittsbeiträge. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten wurden zu einer Versammlung zusammenberufen. Am Tage vor der Versammlung erschien ein Anschlag, in dem gesagt wurde, es liege der Generaldirektion jenseit der Arbeiter in Bezug auf die Beteiligung an der Versammlung Schwierigkeiten zu bereiten, sie möchte aber keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß auch Versammlungen nicht dazu benutzt werden dürfen, die Eisenbahnbediensteten mit Streikfragen zu befragen oder sonst die Disziplin zu lockern. Die Generaldirektion erachtete es für ihre Pflicht, die Arbeiter der Chemnitzer Werkstätten hiervon noch besonders in Kenntnis zu setzen. Die meisten Arbeiter ließen sich leider herdurch einschüchtern, nur 40 Personen fanden den Mut zum Besuch dieser Versammlung. — Lohnbewegungen fanden im 1. Vierteljahr 1916 nicht statt, wohl aber erlangten ungefähr 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen in 9 Betrieben eine Lohn- oder Teuerungszulage in Höhe von 5 bis 10 v. H. des Verdienstes. Die Schlosserinnung gewährte Lohnzulage für Gehilfen bis 2 Jahre nach beendeter Lehrzeit 3 %, für ältere Gehilfen 6 %, die Schrauber. Die Klempnerinnung beschloß, an Gehilfen bis 2 Jahre nach beendeter Lehrzeit 25 % für ältere Gehilfen 50 %, den Tag zu gewähren. Die Feilenhauer erhielten: ledige Arbeiter 90 %, verheiratete 1,80 M Teuerungszulage. In einigen Betrieben kam es wegen der höheren Bezahlung der Ueberarbeitszeit zu Spannungen. Auch ist mehrfach wegen Kürzung der Abfordpreise mit den Unternehmern verhandelt worden. Auch wegen niedriger Entlohnung und schlechter Behandlung von Arbeiterinnen, deren jetzt über 4000 in den hiesigen Betrieben der Metallindustrie beschäftigt sind, ist in einigen Betrieben verhandelt worden. Häufig werden Frauen mit Arbeitern beschäftigt, die für sie zu schwer und gänzlich ungeeignet sind. Auch werden sie zu viel zur Ueberarbeitszeit herangezogen. Aus diesem Grunde ist an die obere Verwaltungsbehörde eine Eingabe gemacht worden, worin nachgehoben ist, daß die Erkrankungsgefahr bei Frauen größer ist als bei männlichen Personen. — Die Arbeitslosigkeit war im 1. Vierteljahr gering, sie betraf hauptsächlich Gießeiarbeiter, Maschinenarbeiter und Metallschleifer, Nadelmacher, sonstige Metallarbeiter und Arbeiterinnen. Die höchste Arbeitslosenzahl war am 8. Januar 35, die niedrigste Zahl der Arbeitslosen 13 am 25. März, die durchschnittliche Zahl 21,7 (bei durchschnittlich 7042 Mitgliedern) 0,3 v. H. Im Arbeitsnachweis melbete sich 138 (122 männliche, 16 weibliche). Offene Stellen waren gemeldet 54, davon wurden befristet 22 = 40,74 v. H. — Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 56242,10 M, die Ausgaben 18064,96 M, darunter 9568,16 M nach § 3 Abs. 3. Der Markenumsatz betrug 12,43 auf ein Mitglied. Die Einnahmen der Ortskassen betragen 26766,05 M, die Ausgaben waren 61104,96 M, davon 35263,46 M für die Weihnachtunterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer und Invaliden. — Der Berichtsjahr wies noch auf die Kriegsgewinne einer Anzahl Chemnitzer Firmen hin, und auf die immer höher ansteigenden Lebensmittelpreise, so daß die Arbeiter gezwungen sind, höhere Löhne zu fordern, wenn sie nicht darben wollen. Es sei unerlässlich, daß es noch Arbeiter in einzelnen Betrieben gibt, die sich mit Löhnen von 36 und 40 % die Stunde abfinden lassen. Auf ein schnelles und bedeutendes Sinken der Lebensmittelpreise sei auch nach Kriegsende nicht zu rechnen, weshalb die Arbeiter ihre Einnahmen steigern müssen.

Stajfurt. Vor längerer Zeit ist hier die Errichtung eines Kreis-Arbeitsnachweises bekannt gegeben worden. Am 1. April wurde er eröffnet. Dem Wunsch der Arbeiterchaft ist dahin Rechnung getragen, daß zwei ihrer Vertreter als Beauftragter zugelassen sind. Nun sollte man meinen, daß in einem Orte von 18 bis 20000 Einwohnern, wo in Friedenszeiten nur die Gewerkschaften die Arbeitsvermittlung erlebigen, ein öffentlicher Arbeitsnachweis wie der erstgenannte genügt. Aber den besondern Bemühungen des Direktors Rehs der Ammonial-Sodaabrik ist es zu verdanken, daß die Unternehmer — trotz des Burgfriedens — ohne vorherige Annehmung am 15. April im Zentrum der Stadt einen eigenen Arbeitsnachweis eröffneten. Der Geschäftsführer davon ist ein Oberlehrer, der neben der Erledigung dieses Postens noch die Fortbildungsschule und die Handelsschule am Orte leitet, auch die Geschäftsführung bei einem größeren Bauunternehmer übernommen hat. Es ist nun an den Gewerkschaften, dafür zu sorgen, daß ihre Mitglieder und die beim Friedensschluß zurückkehrenden Kollegen nicht den Dank der Unternehmer für ihre Vaterlandsverteidigung dadurch erhalten, daß sie vom Unternehmer-Arbeitsnachweis je nach ihrer Organisationszugehörigkeit behandelt werden. Um dem zu entgegen, dürfen sie nur den Kreis-Arbeitsnachweis benutzen, wo sie sicher sind, ohne Unterschied der Gesinnung behandelt zu werden. Was dem Direktor Rehs in Friedenszeiten nicht gelungen ist — den ganzen Betrieb der Ammonial-Sodaabrik gelb zu machen — hofft er nun durch den Arbeitsnachweis zu erreichen. — Der Kreis-Arbeitsnachweis, der für uns in Frage kommt, befindet sich auf dem Wlan, Ecke Gedlingstraße. Nähere Auskunft wird in unserem Geschäftszimmer erteilt, wo auch Vermittlungen entgegengenommen und schnellstens erledigt werden. — Wie sich die hiesigen Unternehmer sonst noch um das Wohl ihrer Arbeiter bemühen, zeigen die Anforderungen zweier Firmen, die in der Osterwoche von ihren Arbeitern verlangten, am Osterabend bis 12 Uhr nachts, ohne Beanspruchung des vereinbarten Ueberstundenzuschlags zu arbeiten. Zur Begründung wurde angeführt: Die Arbeiter sollten durch die Feiertage

Vorgehens und Untergebene in einer Gewerkschaft

Zu dem in der Metallarbeiter-Zeitung behandelten Thema Vorgehens und Untergebene in einer Gewerkschaft möchte auch ich einiges bemerken, da ich mehrmals in der Lage war, vertriebenen, welche einen Meister oder Vorarbeiter zu vertreten. Und zwar möchte ich meine Erfahrungen einmal in einem Betriebe mit etwa 60 Beschäftigten (Drehern und Schlossern) und das andere Mal in einem Großbetrieb mit allen Raffinesse der Technik und Arbeitsteilung. In beiden Betrieben kam ich zu der Ueberzeugung, daß ein organisierter Kollege, der es ernst meint mit seiner Ueberzeugung, und der seinen Kollegen die Töne halten will, einen Vorarbeiter oder Meisterposten nicht annehmen kann, und zwar aus den Gründen, die Kollege G. G. in der Nr. 17 der Metallarbeiter-Zeitung treffend auseinandersetzt. Ich unterbreite also, was er zu diesem Kapitel sagt und füge noch einen wichtigen Grund hinzu: Der Unternehmer sucht, oft mit beständiger Absicht, einen untreuen Vertrauensmann oder Kollegen für einen Meisterposten aus. Er wählt will er einen Mann, der die Vorteile und Löhne der Produktion genau kennt, und zweitens will er absichtlich durch die Wahl eines der Untertanen in seiner eigenen Reihen sein. Das gelingt ihm dann auch leider in den meisten Fällen. Die oft ungenutzte Wirkung ist, daß ein Kollege, der gegen nach einem Abfertigung für sich und seine Kollegen vertritt, mögen schon diesen selben Preis als zu hoch bezahmet, weil er unglücklicher Meister geworden ist und als solcher die Interessen des Unternehmers gegenüber den Arbeitern zu wahren heilt. So ist es nämlich absichtlich in dem Anstellungsvertrag, den unser früherer Kollege notariell unterschrieben hat. Das möchte ich auch noch zu beachten bitten, denn ich sah mehr als einen dieser jähweden Verträge.

Nun noch einige Worte zu den beiden letzten Einblendungen in Nr. 17. Sie betreffen nicht, wie man die Behauptung des örtlichen Eisenarbeiter-Verbandes mit unsern Verhältnissen im Metallarbeiter-Verband vergleichen kann. Ein solcher Vergleich läßt auf beiden Seiten zugleich. Das wird jeder Kollege zugeben, denn dort haben wir Angehörige mit gleichzeitigen Zielen und kein was haben wir direkt angegriffene Interessen, wie Kollege G. G. richtig anführt. Ferner glaube ich auch, daß wir in der

nicht geschädigt werden! Dieses Ansuchen wurde selbstverständlich von allen Kollegen abgewiesen und so unterblieben die verlangten Ueberstunden. Wünschenswert wäre es, wenn die Unternehmer in Anbetracht der außerordentlich schweren Zeit die Abschlagszahlungen erhöht und die Lohnzahlungen am Freitag leisteten, damit es den Familien möglich ist, Lebensmittel einzukaufen, denn am Samstagabend ist nur selten noch etwas zu bekommen.

Hohrleger.

Berlin. Arbeitnachweisbericht für April 1916.

Berufe	Arbeitslos waren am 1. April 1916	Arbeitslos gemeldet haben sich vom 1. bis 30. April 1916	In Arbeit wurden vermittelt vom 1. bis 30. April 1916	Arbeitslos waren noch am 30. April 1916
Gas- u. Wasser-Hohrleger	8	76	61	12
Helfer	4	134	120	2
Heizungs-Monteur	4	28	24	1
Helfer	1	59	47	3
Zusammen	17	299	242	18

Rundschau

Reichstag.

Der Reichstag hat am 9. Mai seine Tagung wieder aufgenommen, nachdem seine Ausschüsse, die sich mit der Vorbereitung der Steuergesetze und des Reichshaushalts zu beschäftigen haben, schon am 2. Mai wieder zusammengetreten waren.

Den ersten Gegenstand der Beratung in der Vollversammlung bildete der neueste Fall Liebnacht. Der Abgeordnete Karl Liebnacht ist am Abend des 1. Mai in Berlin auf einem der heftigsten Plätze verhaftet worden, als er mit einer kleinen Gruppe von Anhängern eine Kundgebung gegen den Krieg und die Regierung unternahm. Da er zurzeit als Armierungssoldat dem Heere angehört, so ruft das Verfahren gegen ihn in den Händen der Militärbehörden. Nach der Verfassung muß ein Abgeordneter zum Reichstag, auch wenn er unter Wahrung der verfassungsmäßigen Vorschriften — wie in diesem Falle — verhaftet worden ist, auf Beschluß des Reichstags einstweilen aus der Haft entlassen werden.

Solch einen Beschluß zu fassen, beantragte sofort die sozialdemokratische Fraktion, der später mit dem gleichen Begehren die Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft folgte. Der zunächst in der Presse gebrachte Einwand gegen die Anträge — was ein Verfassungsbruch? — daß die Haftentlassung nur im Verfahren der Zivilbehörden verlangt werden könne, wurde im Reichstag selbst von allen Parteien beiseite geschoben: der Reichstag kann auch aus militärischer Haft eines seiner Mitglieder befreien. So ist es auch in einer beinahe 50jährigen Praxis immer gehandhabt worden. Ein Grund, jetzt davon abzuweichen, lag nach unserem Ermessen nicht vor, selbst nicht für den, der das bisherige Verhalten des Abgeordneten Liebnacht während des Krieges als schädlich angesehen hat. Aber trotz einer glänzenden Begründung des sozialdemokratischen Antrags durch den Abgeordneten Landsberg, hat die überwiegende Mehrheit des Reichstags den alten Brauch gebrochen und die Anträge auf Haftentlassung Liebnachts abgelehnt.

Das Reichsgesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet will die Grundlagen für eine vom Reich zu gebende Entschädigung an die Reichsangehörigen schaffen, die durch den Einfall fremder Truppen in deutsches Gebiet zusehender gemindert sind. In diesem Entwurf behandelt sich eine feste Siegesversicherung und der gute Wille, die Volkssolidarität in einer schönen Weise zu betätigen. Alle Parteien des Reichstags waren darin einig, daß das Reich mit freigelegter Hand und ohne kleinliche fiskalische Rechnungskünste nach bestem Können wieder gutmachen solle, was die Kriegsgegner — Russen im Osten, Franzosen im Westen — zerstört haben. In den Einzelheiten der Ausführung solcher guten Absichten liegen aber doch manche Schwierigkeiten, die erst noch behoben werden müssen.

Der für die Gewerkschaften bedeutungsvolle Antrag auf Veränderung des Vereinsgesetzes, ein erster Schritt auf der Bahn sehr notwendiger Reformen unseres Vereinigungsrechts, sieht ausdrücklich davon ab, jetzt die ganze Frage des Vereins- und Versammlungsrechts, der Koalition, des Arbeiterrechts der Staatsarbeiter usw. aufzurollen und beschränkt sich mit einer Öffnung der „Sackgasse der Politisch-Erklärung“ von Gewerkschaften. Das ist wenig — gemessen an dem, was unserem öffentlichen Arbeiterrecht noch fehlt; das ist aber doch viel — als eine gegen den eifernden Willen einflussreicher Kreise während des Krieges durchgeführte Teiländerung. Aber diese verschiedene Beurteilungsmöglichkeit gab der Erörterung in der Volksvertretung ihren eigenen Reiz und grundsätzlichen Anreiz.

Emil Stalsky gestorben.

Am 11. Mai verschied in Stuttgart der Verbandskollege Emil Stalsky im 60. Lebensjahr. Er war geboren am 24. Dezember 1866 zu Berlin als Sohn eines Zigarrenmachers. Trotz knappen Einkommens ließ ihn dieser das Kaufmannsgewerbe erlernen. Aber sein Lebenslauf wurde durch wirtschaftliche Ursachen in eine andere Bahn gelenkt. Der wirtschaftliche Zusammenbruch in den siebziger Jahren zwang ihn, andere Tätigkeiten zu ergreifen und schließlich wandte er sich dem Hohrlegergewerbe zu. Dieser Berufswechsel führte ihn der gewerkschaftlichen Organisation zu. Am 22. Mai 1891 trat er in Berlin dem Sozialverband Berliner Metallarbeiter bei. Seine Tätigkeit spielte sich in der Kleinarbeit ab, welchem Zug er bis an sein Lebensende treugeblieben ist. Bei der Verschmelzung des Berliner Verbandes mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband trat er in dessen Dienste und erledigte neben Reinhold Wägold die Büroarbeiten mit Fleiß und Pünktlichkeit. Ein Zwischenfall führte sein Ausscheiden aus der Berliner Verwaltung herbei. Darauf übernahm ihn der Vorstand am 1. Februar 1901 in die Kassenabteilung des Hauptbüros. Diesen Schritt hatte der Vorstand nicht zu bereuen, denn Stalsky war ein treuer und in jeder Beziehung zuverlässiger Mitarbeiter. Im Jahre 1907 verehelichte er sich, aber nach einem halben Jahre zeigte sich bei seiner Gattin Spuren geistiger Erkrankung, sie mußte in einer Heilanstalt untergebracht werden, wo sie sich noch befindet. Unser Freund hatte des Lebens Bitternisse und Beschwerden in reichem Maße zu erdulden. Sie haben seine Kraft vorzeitig erschöpft. — Die Feuerbestattung seiner sterblichen Überreste fand am 13. Mai in Stuttgart unter zahlreicher Beteiligung statt. Kollege Reichel widmete ihm an der Bahre einen tiefempfundnen Nachruf.

Der Anteil der Konsumvereine an der Lebensmittelversorgung.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz folgendes: Wenn irgend eine Tatsache feststeht, so ist es die, daß die deutschen Konsumvereine besonders zu Beginn des Krieges und auch im weiteren Verlauf der Kriegszeit einen überaus legerndsten Einfluß auf den Lebensmittelmarkt ausgeübt haben. Sie haben preisregulierend gewirkt, da sie in der Lage waren, noch auf Monate hinaus ihre Mitglieder zu mäßigen Preisen mit Waren zu versorgen. Allerdings ist ihnen allerdings diese Tätigkeit durch die staatlichen und gemeindlichen Maßnahmen immer schwerer gemacht worden, aber daran tragen nicht sie die Schuld, sondern die Verhältnisse. Dem privaten Händler ist das Wissen der Konsumvereine, was von unarbeit-

ischer Seite überall anerkannt worden ist, natürlich ein Dorn im Auge, und sie sind mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, darauf aus, die genossenschaftlichen Erfolge zu verkleinern. Die Deutsche Rabattvereins-Zeitung beschäftigt sich in bekannter Weise mit dem Anteil der Konsumvereine an der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und behauptet, daß dieser stark überbetrieben werde. Es wird hingewiesen auf den Bericht über eine Stadtverordnetenversammlung in Gager (Westfalen), in der die Behauptung aufgestellt wurde, der dortige Konsumverein versorge ungefähr ein Zehntel der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Das Lebensmittelamt hat darauf auch zugesagt, nach Möglichkeit 10 v. H. der Vorräte an den Konsumvereine abzugeben. Als Beweis wird angeführt, daß die Konsumgenossenschaft 9330 Köpfe zu versorgen habe, also den zehnten Teil der Einwohnerzahl. Hier wird mit Zahlen mal wieder großer Lärm getrieben. Nach der Darstellung des Konsumvereins müßte angenommen werden, daß in Friedenszeiten und besonders jetzt die Konsumvereinsmitglieder ihren ganzen Lebensmittelbedarf im Konsumverein decken. Das ist aber in Frieden nicht annähernd zutreffend und erst recht nicht jetzt, in einer Zeit, in der die Unleistungsfähigkeit der genossenschaftlichen Warenvermittlung stark hervortritt. Nicht 5 v. H. dürfte die Quote betragen, und ganz unberechtigt wäre es, den Konsumvereinen den zehnten Teil der Vorräte zur Unterbringung bei seinen Mitgliedern zu überlassen. Tatsache ist, daß ein ganz erheblicher Prozentsatz der Mitglieder in Konsumvereinen nur aus Papiergeldern besteht, die, weil sie dem Druck ihrer Arbeits- und Parteifollegen meinten nachgeben zu müssen, zwar nominell zum Konsumverein gehören, aber nicht bei ihm kaufen, sondern nach wie vor ihre Bedürfnisse beim Kleinhandel decken. Wenn man nun bedenkt, daß die Mitglieder von Konsumvereinen einmal durch diesen versorgt werden, so kann aber die Möglichkeit haben, auch noch beim selbständigen Geschäft zu kaufen, die allgemeine Bevölkerung aber nicht umgekehrt in den Konsumvereinen kaufen kann, weil deren Betrieb nur auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist, so ergibt sich erst recht das Unberechtigte der Forderung.

Wichtig ist, daß ein Teil der Konsumvereinsmitglieder nicht in ihrem Verein kauft, einerlei aus welchen Gründen, und die Vereine sind stets darauf bedacht, diese Papiergeldern auszuschließen, weil ihnen mit solchen „Ehrenmitgliedern“ nicht gedient ist. Aber das tut nichts zur Sache, denn wenn man den Anteil der Konsumgenossenschaften an der Lebensmittelversorgung beurteilt, so muß man auf die Umsatzzahlen blicken, die fortgesetzt im Steigen begriffen sind. Die Behauptung, daß die Mitglieder der Konsumvereine eine doppelte Möglichkeit zu kaufen hätte, ist an und für sich nicht falsch, doch kann man dagegen sagen, daß manche Vereine auch an Nichtmitglieder verkaufen und daß jeder Käufer das Recht hat, Mitglied zu werden. Tatsächlich ist der Zustand während der Kriegszeit ein geradezu überraschender. Darum trifft es nicht zu, wenn in dem Artikel behauptet wird, daß zahlreiche Familienväter nunmehr mit Bedauern erkennen, daß es ein Fehler war, sich von dem selbständigen Kleinhandel abzuwenden und in einen Konsumverein einzutreten.

„Diese sind durchaus nicht in der Lage, den an sie gestellten Anforderungen in schwerer Zeit zu genügen; sie geben deshalb auch die Weisung aus, nach Möglichkeit die Väter der Geschäftsleute auszukaufeln, weil ihre eigenen Lager ganz unzureichend sind. Diese Zeit räumt mit manchen Irrtümern auf, und einer dieser Irrtümer ist der Glaube, daß das selbständige Handelsleben durch das eigene Geschäft der Verbraucher zu ersetzen sei.“

Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Kriegszeit hat zahlreiche Vorteile, die gegenüber den Konsumgenossenschaften vorhanden waren, beseitigt, und sie hat mit dem Zerium aufgeräumt, daß der private Handel notwendig sei. Allen Schwierigkeiten zum Trotz, die aber nicht im Wesen der Genossenschaft begründet sind, haben die Konsumvereine großartige Leistungen aufzuweisen, was durch die stets zunehmenden Beirätserklärungen aus allen Bevölkerungsteilen anerkannt wird.

Anmerkung der Schriftleitung: Nach unserm bisherigen Verhalten können wir nicht in Verdacht kommen, daß wir Gegner der Konsumvereine und Befürworter des Rabatrumwells seien. Wir müßten aber etwas zu der Bemerkung sagen, daß ein Teil der Konsumvereinsmitglieder nicht in ihrem Verein kaufen und daß die Vereine stets bedacht seien, diese Papiergeldern auszuschließen, weil ihnen mit solchen „Ehrenmitgliedern“ nicht gedient sei. Da ist doch zunächst zu fragen: Warum kaufen die Mitglieder nicht in ihrem Verein? Es kommt nämlich vor, daß im Konsumverein wichtige Nahrungsmittel nicht zu erhalten sind, dagegen bei dem ersten besten Kleinhändler. Es mag sein, daß die Vereinsleitungen nicht schuld daran sind, die Tatsache ist aber nicht zu bestritten. Die Folge ist, daß die Hausfrauen sich genötigt sehen, auch solche Bedarfsgegenstände beim Kleinhändler zu kaufen, die noch im Konsumverein zu haben sind, weil sie sonst Gefahr laufen, daß der Kleinhändler sich weigert, nur den Notbedarf zu liefern. Durch diesen Umstand wird der Wert der Konsumvereine und die Schädlichkeit des Rabattvereinswesens nicht im geringsten verringert. Wir halten es aber für nötig, daß die Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz in dieser Sache mehr den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung trägt.

Seine Ueberreibungen!

Es ist gewiß begründet, wenn gegen das selbstische Einhamstern von Nahrungs- und Bedarfsmitteln geschrieben und geredet wird. Hamstern ist ungefähr auf die gleiche Stufe zu stellen wie die Verfüterung von Brotgetreide, die Zurückhaltung von Kartoffeln, Milch und anderen, den Menschen dringend notwendigen Erzeugnissen zum Zweck der Preissteigerung oder anderweitigen günstigeren Abfuges, anstatt sie auf den städtischen Markt zu bringen. Darum ist es auch zu begrüßen, daß man in München die für die Aufbeahrung höchstzulässigen Mengen untenbehaltlicher Erzeugnisse genau begrenzt und städtischen Beamten das Recht verliehen hat, selbst in die Speisekammern und noch geheimnisvollere Schlupfwinkel Einblick zu nehmen. Dieses Verfahren sollte durch Regierungsvorbereitung überall eingeführt werden. Aber trotz aller Hamsterei sollte man sich doch hüten, in Ueberreibungen zu verfallen, etwa nach dem Muster des halbamtlichen Nachrichtenblattes für Ernährungsforderungen, der diese Kriegsuntergrund unter der Ueberschrift „Hamstere“ sogar „einen der dunkelsten Punkte unseres Wirtschaftslebens im Krieg“ nannte. Die große Masse der Bevölkerung ist froh, daß sie sich mit ihren knappen Einkünften gerade noch satt essen kann, das Hamstern bleibt also im allgemeinen nur einer sehr beschränkten Zahl von Käufern vorbehalten. Dadurch kann jedenfalls die Knappheit an Stoffen, die wir im Ueberfluß hatten, nicht hervorgerufen sein. Wenn man aber an die erfolgreichen Bemühungen desselben Blattes vor dreiviertel Jahren denkt, das ganze Ungemach unserer Ernährungswirtschaft auf den Wucher zurückzuführen, so kann man sich des Gefühls nicht erwehren, daß, wie alle Dinge, nur auch die Erregung über das „Hamstere“ der gerade nicht idealen Regierungspolitik zum besten dienen soll. Wir bezweifeln aber allen Ernstes, daß urteilsfähige Leute sich hierdurch bezaubelt sehen werden, ihre Aufmerksamkeit von den wahren Ursachen, zum Beispiel unserer Kartoffel- und Zuckermangeln ablenken zu lassen. Nach all den trüben Erfahrungen wäre es schon richtiger, beim Kampfe gegen die Hamsterei die Kirche im Dorfe zu lassen und statt dessen mit dem allein Erfolg versprechenden wirtschaftlichen Eingriffen in die „freie Wirtschaft“ den unhaltbaren Zuständen und der nur zu berechtigten Mißstimmung der breiten Volksmassen ein Ende zu bereiten.

Eine engere Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher.

Diese neuzeitliche Forderung hat durch die Vorkommnisse auf dem Warenmarkt, die der Weltkrieg im Gefolge gehabt hat, eine mächtige Unterstützung bekommen. Es muß unbedingt etwas geschehen, damit die bestehenden Gegensätze ausgeglichen werden, anstatt sie auf die Spitze zu treiben. Die bis jetzt getroffenen Maßnahmen der Behörden reichen bei Weitem nicht aus, um eine Preisbildung herbeizuführen, die den Gesamtwohl des deutschen Volkes entspricht. In den verschiedenen Jahrbüchern lesen wir einen Brief, den Frau v. Reil

an den Herausgeber richtet, worin diese brennende Frage behandelt wird.

„Es bleiben als Mittel zu einer Läuterung des wirtschaftlichen Verkehrs und zu einem wenigstens auf Teilgebieten wirksamen Schutz für den Verbraucher nur zwei übrig: erstens Zusammenfluß von Produzenten und Konsumenten in einem Verein, der, weil er beide in sich schließt, auf ständigen Ausgleich ihrer Interessen bedacht sein muß und zweitens Lieferungsverträge von in amtlicher Form organisierten Produktionsgenossenschaften mit Gemeindebehörden. Das Sichberufen, weil Aufeinanderangehen sein, von Produzenten und Konsumenten wird uns durch die Verhältnisse im Bereich der Lebensmittelversorgung eindringlich zu Gemüte geführt.“

Die Ansicht, die diesem Vorschlag zu Grunde liegt, ist gewiß gut, aber ob sie sich auf dem vorgeschlagenen Wege verwirklichen läßt, erscheint zweifelhaft. Zwischen Produzenten und Konsumenten, aber genauer ausgedrückt, zwischen Verkäufern und Käufern der Waren, bestehen so scharfe Gegensätze, daß ein Zusammenfluß zu einem Verein unmöglich, wenigstens nicht von Dauer sein wird. Im vorliegenden Falle verhält es sich doch so, daß der Bauer für seine Erzeugnisse möglichst hohe Preise erzielen und daß der Händler auch noch seinen Teil verdienen will, während der Verbraucher niedrige Preise erstrebt. Es spielt sich also ein ununterbrochener Kampf ab um den Preis, und in diesem Kampfe siegt, wie überall, der Stärkere. Da der vereinigte Konsument ohnmächtig ist, ergibt sich die Konsumentenorganisation als eine unabwendbare Notwendigkeit. Der richtige Weg scheint also der zu sein, daß starke Konsumgenossenschaften — nicht nur stark an Mitgliedern, sondern auch an Kapital — oder gut verwaltete Städte mit den ländlichen Genossenschaften Lieferungsverträge abschließen, in denen das beiderseitige Wohl gewahrt bleibt. Es wird allerdings auch hier häufig zu Reibungen kommen, aber schließlich wird sich doch immer ein Ausgleich finden lassen. Die erste Vorbedingung des Erfolges ist aber stets die starke Organisation der Verbraucher.

Volkspflege.

Die erfreuliche Zunahme des Neugeschäfts der Volkspflege, die mit Beginn des Jahres 1916 einsetzte, nachdem die durch die zahlreichen Einberufungen von Rechnungsführern und Vertrauensleuten erfolgten Störungen wohl in allen Rechnungsstellen vielfach mit Hilfe der Frauen von Eingezogenen wieder behoben waren, hat auch im Monat April angehalten. Es wurden im 21. Kriegsmonat im ganzen 1570 Neuanträge eingereicht, davon 1398 für Kapitalversicherungen mit 329 801 M. Versicherungssumme und 172 für Spar- und Rückversicherungen. Im gleichen Monat des Vorjahres waren nur 803 Anträge eingegangen. In den ersten vier Monaten des Jahres 1916 sind schon 6894 Neuanträge mit 1 428 229 M. Kapitalversicherungssumme eingegangen, gegen 3562 in den gleichen Monaten des Vorjahres.

Dieses Ergebnis zeigt, daß trotz des Krieges auch für die Volkspflege erfolgreiche Arbeit geleistet werden kann und daß die Mitglieder der Gewerkschaften und Genossenschaften es sich angelegen sein lassen müssen, die Vertrauensleute der Volkspflege in ihrer uneigennütigen Arbeit zu unterstützen.

Zur ernstlichen Beachtung für Kriegsteilnehmer und ihre Familien!

Millionen deutscher Familienväter stehen im Felde, und bei der eigenen Notwendigkeit durch immer neue militärische Ausrichtungen die Gegner zum Frieden geneigt zu machen, sind alle diese Millionen keine Stunde davor gesichert, daß sie nicht an erster Stelle eingezogen werden müssen und ihr Leben aufzuspielen haben. Die wenigsten von ihnen werden das beruhigende Gefühl haben können, daß ihre Frauen und Kinder ohne den Schutz des Vaters wohlversorgt und finanziell gesichert, den Lebenskampf weiterführen können. Die große Mehrzahl der hinterlassenen Familien wird schwerer Zeiten entgegengehen, weil sie ohne Vermögen und nur auf die knappe staatliche Hinterbliebenenrente angewiesen, zur Schaffung eines eigenen Auskommens nicht mehr in der Lage sind.

Diesen Familien etwas zu helfen, ihnen eine größere Summe in die Hand zu geben, das ist der Zweck der Kriegsteilnehmerkasse der Volkspflege. Und dieser Zweck wird erreicht werden. Bis zum 19. April 1916 sind für 47 149 Kriegsteilnehmer 69 578 Anteilsscheine gelöst und dafür 3 478 800 M. eingezahlt worden. Bis zu diesem Tage waren bei der Zentralverwaltung 726 Versicherte mit 1428 Anteilsscheinen als gefallen gemeldet worden. Wenn man nun auch annehmen muß, daß Todmeldungen noch ausstehen, so ist doch bis jetzt noch auf die Auszahlung einer Summe von nicht viel unter 200 M. auf einen Anteilsschein zu rechnen. Eine so günstige Beschaffungsgelegenheit kann sicher allen Familien der Kriegsteilnehmer mit gutem Gewissen empfohlen werden.

Wenn nach dem Ende des fürchterlichen Krieges die Auszahlungen der Kriegskassen erfolgen, werden diejenigen sehr unzufrieden sein, die versummt haben durch Erwerbung von Anteilsscheinen sich den Mitteln zu sichern.

Vom Magistrat der Stadt Spandau

wird uns geschrieben: In Nr. 13 Ihrer Zeitung vom 25. März 1916 werden Mitteilungen über schlechte Erfahrungen schweizerischer Arbeiter bei der Spandauer Straßenbahn gemacht. (Siehe Aufsatz: Schweizerische Metallarbeiter in England, Seite 50, Spalte 3, Schriftleitung.) Auf Grund nachstehender Angaben ersuchen wir ergebenst um Richtigstellung:

Die Anstellungsbedingungen wurden sämtlichen Schweizern vor ihrer Einstellung schriftlich zur Kenntnis gebracht. In den Bedingungen war ausdrücklich angegeben, daß die Einstellung zu einem Stundenlohn von 60 S. bei 10 stündiger Arbeitszeit erfolgt. Eine Verpflichtung daß der Verdienst eine bestimmte Summe in Frank erreicht, wurde nicht eingegangen, konnte auch nicht übernommen werden, da der Kurs des deutschen Geldes ständig wechselt. Der zugesicherte Verdienst ist den Schweizern nicht nur gezahlt worden, sondern es ist ihnen mehrere Male sogar noch eine wesentliche Lohn-erhöhung zubilligt worden. Der jetzige Verdienst beträgt für Arbeiter 68 S. und für Fahrer 70 S. schließlich. Auch die Familien- und Feuerungszulagen sind wesentlich erhöht worden.

Zur Zeit befinden sich noch 54 Schweizer hier in Stellung; einige Schweizer, die wegen Nichtbefolgung von Dienstvorschriften entlassen werden mußten, sind schriftlich vorstellig geworden mit der Bitte, um nochmalige Einstellung.

Väter- und Anstaltsfürsorge für heeresdienstliche Kriegsteilnehmer.

Aus dem Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz schreibt man uns:

In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages vom 6. April ds. J. ist eine Entschließung auf Genehmigung eines Reichsausschusses an die Abteilung Väter- und Anstaltsfürsorge, des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz einstimmig angenommen worden. Wie wir bereits früher mitgeteilt haben, handelt es sich bei der Tätigkeit dieser Abteilung um einen Zweig der öffentlichen Kriegswohlfahrtspflege, der, in der Stille ausgebaut, berufen sein soll, ergänzend in die Lücke einzutreten, die trotz des gewaltigen Baues unserer Sozialversicherung und der militärischen Kriegsbefähigungspflege bestand. Die schweren Opfer an Blut und Gesundheit, die von Deutschland gebracht werden, haben schon seit langer Zeit Industrie und Handel, Landwirtschaft und Gewerbe mit Sorge in die Zukunft sehen lassen. Denn nur ein vollwertiges und arbeitsfähiges Geschlecht wird später in der Lage sein, die großen mittelbaren und unmittelbaren Ausfälle an Arbeitskraft so auszugleichen, daß Deutschland auch nach dem Frieden seinen weltwirtschaftlichen Aufgaben gerecht werden kann. Aus diesem Grunde ist namentlich mit Unterstützung der deutschen Wirtschaftskreise die genannte Abteilung so ausgebaut worden, daß sie Hand in Hand mit unserem so hoch entwickelten Heereswesen imstande ist, auf dem Gebiete der Fürsorge für die große, aber in der öffentlichen Meinung leider bisher wenig beachtete Menge der heeresdienstlichen

„Kriegskranken“ einzutreten. Die Abteilung Wäber- und Anstaltsfürsorge ist bereits jetzt der einheitliche Mittelpunkt für die gesamte amtliche bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge auf dem Gebiete der Heilbehandlung der heeresentlassenen Kriegsteilnehmer. Ihre Geschäftsräume befinden sich in Berlin W. 66, Herrenhaus, Leipziger Straße 3.

Sport und Körperpflege.

Die Zentralkommission für Sport- und Körperpflege schreibt uns: Früher als in Friedensjahren hat diesmal die Jugend des arbeitenden Volkes die Volksschule verlassen, um in die Erwerbsarbeit einzutreten. Mehr als je wird auch die Arbeitskraft der jungen Leute in Anspruch genommen, aber weniger denn je ist für sie der Tisch gedeckt. Es mag daher für manchen fraglich sein, ob es jetzt angebracht sei, diese jungen Leute zum Anschluss an die Arbeiterturn- und Sportvereine aufzufordern. Aber die Frage ist dennoch zu bejahen. Die Jugend muß sich im neuen Arbeitsverhältnis an einseitige, fast stets wiederholende Bewegungsformen gewöhnen, das ist in der ersten Zeit nicht nur äußerst lästig, sondern gewöhnt auch gar zu leicht Faltungsfehler an, die, wenn sie nicht rechtzeitig bekämpft werden, später nur schwer zu beseitigen sind und nicht selten schwere gesundheitliche Nachteile im Gefolge haben. Turnen und Sport lehren den Körper vor solchen Gefahren, denn sie gewähren dem Körper durch ihre vielseitigen Bewegungen die Möglichkeit eines Ausgleichs. An sich bedeuten die Weisübungen eine vermehrte Arbeit und damit auch eine vermehrte Kraftausgabe, aber durch die allseitige Muskelspannung in spielerisch freien Formen wirken sie einseitiger Ermüdung gerade entgegen. Sie unterhalten den Blutlauf und den Stoffwechsel in herabtragender Weise und wirken damit auch auf das geistige Befinden ein. Ihre Erfolge sind Kraft und Gewandtheit und ein frohes Gemüt.

Jetzt, mit beginnender Sommerzeit ist es möglich, den Betrieb ins Freie zu verlegen und damit den Körper den Wohlthaten der Bewegung in freier frischer Luft zugänglich zu machen. Da kommt dem Sport die Einführung der Sommerzeit sehr zu statten. In Zukunft haben die Sportler eine Lichtstunde des Abends mehr zur Verfügung, das bedeutet für die Arbeiterklasse einen großen Vorteil, der aber nur dann voll ausgenutzt wird, wenn wir die gewonnene Lichtzeit im Freien verbringen. Die Arbeitersportvereine werden nicht versäumen, die Vorteile der Sommerzeit für sich auszunutzen, ist doch damit ein seit langer Zeit von ihnen geäußertes Wunsch in Erfüllung gegangen. Es mag hier bemerkt werden, daß die bekannten Jugendverbände der Militärbehörden die Jugend nicht hindern, an den sportlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Wir richten an die arbeitende Jugend dringender denn je die Aufforderung, sich den Arbeitersportvereinen anzuschließen. Gerade in der heutigen schweren Zeit können wir alle einen Sorgenbrecher gebrauchen. Ein solcher ist der Sport in allen seinen ernstlichen Formen, denn Frohsinn und heitere Lebenslust gedeihen nirgends besser als auf dem Turn- und Sportplatz im Kreise frohlicher Genossen.

Die Ausgaben der alleinstehenden Verkäuferin

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: Wöchentlicher Verdienst 19,- M, Ausgaben: Nahrung: 7 Mittagessen zu 0,80 = 5,60 M, 7 Abendessen zu 0,60 = 4,20 M, Frühst. u. Vesper einschl. Butter, Delig und Kaffee 2,92 = 12,72 M, Miete: ein sehr billiges Zimmer 2,25 M, Licht und Brand besonders 1,37 M, Steuern: Staat und Gemeinde 0,83 M, Verbandsbeiträge einschließlich Sonderbeitrag und Steuer für die Eingezogenen 0,55 M, Angestelltenversicherung 0,60 M, Schuh- und Kleiderverschleiß (sehr gering) 1,50 = 19,02 M

Die Kosten sind allgemein zu niedrig eingesezt. Bei den heute geltenden Preisen sind bedeutend höhere Aufwendungen notwendig. Zu beachten ist hauptsächlich, daß für Neuanstellungen für Kleider, Schuhe, Wäsche usw. überhaupt nichts übrig bleibt. Die dafür notwendigen Ausgaben müssen auf Kosten der übrigen Dinge gemacht werden. — Wir weisen unsere Leser auf die in Nr. 19 bereits mitgeteilten Zahlen über die Ausgaben eines unverheirateten vierundzwanzigjährigen Angestellten. Bei allen daselbst Mitgeteilten nur mit knapper Not und unter Verzicht auf sonst nötige Anschaffungen usw. Diese Zahlen sollten den maßgebenden Stellen zu denken geben!

Fahrlässige Lösung bei Entladung eines Güterwagens.

St. Leipzig, 18. April. (Nachdruck verboten.) Dem Werkmeister H. in Neudorf bei Stoburg, der bei den Stoburger Metallwerken angestellt ist, war infolge der jordanischen Einberufungen in der Fabrik allmählich die gänzliche Uebernahme des technischen Teiles des Betriebes übertragen worden. Eine besondere Belehrung über die daraus entstehenden Pflichten war ihm nicht erteilt worden. Am 21. Juli 1915 wurde auf dem Rebergwerke der Stoburg-Gebirgsbahn, das durch eine schmalspurige Feldbahn mit der Fabrik verbunden ist, eine Ladung Sauerstoffflaschen abgeladen. Dazu wurde das Geleis der Feldbahn und der Güterwagen durch ein Einseitigfahrbahnverbot, auf dem dann mittels sogenannter Hunde (vierwädriger Wagen) die Güter zur Fabrikfabrik geschafft wurden. Dieses Schienenstück wurde von dem damit beschäftigten Arbeiter Weidmann eingeleitet. Dieser machte jedoch die Arbeit so schlecht, daß er eine mit 9 Flaschen beladene Hund beim Fahren entließ. H., der dabei war, rechnete an, daß die Flaschen abgeladen werden sollten. Danach ging er zur Fabrik, um Hilfe zu holen. Hier traf er den Arbeiter W., der mit einer Eisenkette hantelte. Weidmann rief jedoch seinem Kameraden, um sich Arbeit zu sparen, den Wagen lieber wieder auf die Schienen zu heben. Das verbotenen sie auch. Dabei rollten die Flaschen, die nicht festgebunden waren, auf der anderen Seite, auf der Weidmann stand, herab. Dieser wurde tödlich am Kopf getroffen — ob er rutschte oder fiel ist nicht anzugehen. Das Amtsgericht Stoburg war der Ansicht, daß H. es den Arbeitern überlassen konnte, die von ihm gegebenen Aufträge sorgfältig auszuführen und sprach ihn am 13. Dezember 1915 von der Vorlage der Fahrlässigkeit frei. Inzwischen legte die Staatsanwaltschaft Revision ein und behauptete, daß H. es fahrlässiger Weise unterlassen habe, die feste Verbindung zwischen Einseitigfahrbahn und Feldbahn nachzusichern. Weidmann hätte er warnen sollen, bis die Arbeiter die Flaschen abgeladen hätten. Das Reichsgericht verwarf die Revision am 18. April 1916 jedoch als unbegründet. (Mitarbeiter IV. D. 7616)

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1915.

Der Anhang des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in Nummer 9 des Zentralblattes einen Bericht über 1915. Am Ende des Jahres betrug die Mitgliederzahl nach rund 160 000, die Zahl der Einberufenen 152 500. Geworben ist in dem Bericht die Unzufriedenheit mit Haltung und Vorgehen der Interzessionskommissionen ausgedrückt bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Es heißt da: „Man hat eher eine systematische Herabsetzung von Arbeitsbeschäftigung bemerkt, die Gewerkschaften von der Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten auszuschließen. Das war dem hohen Grade, dem wir so sehr zu verhängnis sein: es liegen genügend Belege vor, daß man die gesetzlichen Bestimmungen von der Lohnbestimmung für die Kriegsbeschädigten anzuwenden wollte. Es hat eine jämmerliche Herabsetzung davon, die Verantwortlichkeit auf die Löhne zu übertragen, das war ein offenes Verstoßen gegen die angeführte Ausbesserungsmöglichkeit gegenüber den Kriegsopfern, die man wollte. Unter dem jüngeren Kriegesstand konnte der öffentliche Meinung bewußten für jetzt kein Verstoßen

zurückdrängen... Im Baugewerbe rechnet man bereits mit einer Zeit der Tariflosigkeit. Es ist geradezu erstaunlich, daß, nachdem man eben noch der Reichsregierung in ihrer Erklärung von der Unentbehrlichkeit der Gewerkschaften zugestimmt, die große Öffentlichkeit die Ereignisse in dem volkswirtschaftlich so wichtigen Baugewerbe so ruhig hingenommen hat. Ja, manche große Tageszeitungen dankten dem Bauarbeiterbunde, der den Arbeitern „aus eigenem“ eine Zeuerungzulage bewilligte, dies als eine große vaterländische Tat. Das ist ein erschreckender Beweis für die Oberflächlichkeit, mit der der Durchschnittsbürger diesen gewerkepolitischen Streit gegenübersteht. In Wirklichkeit bedeutet doch das Vorgehen des Arbeitgeberbundes nicht mehr und nicht weniger als den Versuch zur Sprengung der Tarifgemeinschaft und der Gewerkschaftsorganisation. Es wird des ganzen Streikauflage der organisierten Arbeiterkraft bedürfen, um diesen gefährlichen Tendenzen Halt zu gebieten. Wann aber werden wenigstens die Redakteure unserer größten Zeitungen einmal zu der volkswirtschaftlichen Erkenntnis kommen, daß die selbständige Arbeiterbewegung nicht in unzureichenden Lohnzuständen ihr Ziel sieht, sondern in einer volkswirtschaftlich überaus wünschenswerten Neuregelung der gewerkepolitischen Beziehungen! In den Arbeitermassen ist der letzte Gedanke mühsam zum Leben erweckt worden. Gerade der Krieg hat da bedeutsame Erkenntnisse reifen lassen. Soll nun das alles durch eine raffiniert vorgehende Arbeitgeberorganisation unbeschäftigt auf Spiel gesetzt werden können? Den Behörden, die in der Lebensmittelfrage begreiflicherweise getadelt werden, wird nachgesagt, daß sie den Arbeiterverbänden gegenüber „glücklicherweise“ etwas mehr Verständnis an den Tag gelegt haben, so bei der Berechnung von Preissteigerungen und bei den Heimarbeitslöhnen. Werde hinsichtlich der durch den Krieg so gewaltig gestiegenen Frauenarbeit nicht von vornherein für eine gesunde Grundlage der künftigen Verhältnisse gesorgt, dann gehen wir auf dem Arbeitsmarkt den verhängnisvollsten Beunruhigungen entgegen.“

Ein Teil der Unternehmerpresse hat die Lösung ausgegeben, daß die Frauenarbeit, obwohl niedriger entlohnt, sich mehr oder weniger der Männerarbeit ebenbürtig erweisen habe, daß daher nicht gesagt werden dürfe, die Frauenarbeit werde zu niedrig entlohnt, sondern daß es heißen müsse, die Männerarbeit werde verhältnismäßig zu hoch entlohnt... Die Gewerkschaften werden sich mit aller Macht gegen Versuche, derartige zu verwickeln, auflehnen, wie es schon während des Krieges geschehen ist. Die neueren Lebensverhältnisse sind wirklich ein passender Sintergrund für die neue Art von Arbeitgeber-Nationalökonomie.“

Auch mit den Vorgängen in der sozialdemokratischen Partei befaßt sich der Bericht. Es heißt da unter anderem: Die Stellungnahme der heimkehrenden Krieger wird von ausschlaggebender Bedeutung sein, insbesondere auch für die Gestaltung der Dinge im sozialdemokratischen Lager. In der letzten Zeit haben die Verhältnisse hier eine derartige Zuspitzung erfahren, daß von einer völligen Spaltung geredet werden kann, womit allerdings nicht gesagt ist, daß diese Spaltung eine den Krieg überdauernde sein müsse oder sein werde. Jetzt steht aber, daß durch die Zuspitzung die Waffen in den sozialistischen Gewerkschaften durcheinandergeworfen werden und eine heillose Verwirrung entsteht. Insofern sind die betreffenden Vorgänge keine ausschließlich innere Angelegenheit der Sozialdemokratie. Ihre Wirkungen berühren die Arbeiterklasse und namentlich die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter allgemein. Geflossenheit auf der ganzen Linie, das dürfte aus den oben gemachten Ausführungen hervorgehen, ist das wichtigste Erfordernis für die ganze deutsche Gewerkschaftswelt in der nächsten Zeit.“

Es folgt eine Wertung der sozialdemokratischen Minderheit. Dann heißt es weiter: Die christlich-nationale Arbeiterbewegung kann demgegenüber darauf hinweisen, daß sie infolge unablässigen Bemühens während der Kriegszeit geistig geschlossenem dem je aus dem Krieg hervorgehen wird.“

Vom Ausland

Schweiz.

Der Vorstand des Schweizerischen Metall- und Uhrarbeiter-Verbandes veröffentlicht in Nr. 19 der Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung eine Uebersicht über die Mitgliederbewegung im Jahre 1915. Die Zahl der Mitglieder ist von 16 338 auf 12 835 gesunken. Von diesen befanden sich am Jahreschlusse etwa 2700 in schweizerischem Militärdienst, so daß die Einbuße an Beiträgen noch größer war als dem Mitgliederverlust entspricht. Am 1. Juli 1915 trat die Verschmelzung mit dem Uhrarbeiterverband in Kraft. Da das Uhrergewerbe infolge des Krieges schwer darniederliegt und ein Teil der Arbeiter in anderen Berufen Beschäftigung suchte, so traten natürlich nicht so viele Mitglieder des Uhrarbeiterverbandes über, wie in dessen Mitgliederlisten standen. Die Zahl der Uebergetretenen betrug am 1. Juli 7099. Ferner wurden aufgenommen 3972, zugerechnet aus anderen Sektionen kamen 1771, aus dem Ausland 152. Es traten aus 273, es starben 104, mit Abmeldung reisten ab 2146, ohne Abmeldung 1529, in ausländischen Kriegsdienst traten 507, wegen Wehrtauglichkeitsverlusten wurden getrennt 901 und ausgeschieden 17. Die Gesamtmitgliederzahl betrug am 31. Dezember 21 321. Von dieser waren etwa 1000 im Militärdienst. Die Zahl der Sektionen (Verwaltungsteile) betrug am Anfang des Jahres 69. Davon gingen ein 2, eine wurde mit einer anderen verschmolzen. 38 Sektionen des Uhrarbeiterverbandes folgten dem Uebertritt. Am Ende des Jahres waren 128 Sektionen vorhanden. Der Rückgang des Mitgliederstandes machte sich besonders bemerkbar in Baugewerbe und im Kleingewerbe, während in der Großindustrie eine verhältnismäßige Zunahme eintrat. Am schlußten hatten unter dem Rückgang zu leiden die Vereine der Schloßler, der Sperrler, der Monteur mit Ausnahme der Elektriker, der Schmiede und der Wagner. Der Landesangehörigkeit nach waren die Mitglieder: Schweizer 19 403 (1914 11 684), Deutsche 812 (1190) Franzosen 414 (108), aus Österreich-Ungarn 214 (289), Italiener 410 (474), aus anderen Ländern 68 (60). Die Zunahme der Franzosen ist dem Uebertritt der Uhrarbeiter zuzuschreiben. Der Anteil der Schweizer beträgt 91,1 v. H. gegen 84,7 im Jahre 1915 und 73 im Jahre 1913. Von den Mitgliedern sind Frauen 1809. Diese sind bis auf 70 im Uhrergewerbe beschäftigt.

Die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung bemerkt zu der Aufzählung: „Die können ja mit dem Gesamtresultat noch zufrieden sein, wenn wir bedenken, wie schlimm die Verhältnisse im Baugewerbe allenthalben liegen, und wenn wir berücksichtigen, daß im ersten halben Jahr auch in der Industrie vielfach schlimme Zustände herrschten und viele gerade der verjüngten Mitglieder nach dem Ausland abreisten; aber kein Zweifel besteht darüber, daß die Mitglieder vieler Sektionen ihre volle Pflicht nicht getan haben, daß die Zahlung der ersten Kriegskasse zu lange auf ihrem Laufen, so daß sie schließlich in der letzten Auffassung es nicht je doch nichts, jede Entgeltzahlung für ihr Nichtsein fanden. Dieser hat seit Jahresbeginn sich etwas gebessert, in viele Sektionen ist neues Leben eingezogen, es sind Forderungen gestellt, neue Mitglieder in großer Zahl gewonnen worden, und wir wollen diese Verbesserung in der Hoffnung festsetzen, daß in diesem Jahre zum allermindesten der Stand, wie er vor dem Kriege war, bei den Metallarbeitern wieder erreicht werde.“

Eingegangene Schriften

(Zur Befreiung der ausgelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.) Dankenswerter zum Besten. Demnachgegeben von Eduard Berastin Verlag Buchhandlung Schwärz, Berlin SW. 68. — Das 14. Heft dieser Sammlung Das deutsche Reich 2. Teil liegt nunmehr vor. Preis 60 S. Das Heft enthält die Geschichte der Verfassungsveränderungen der Reichsverfassung im Jahre 1914. In beziehen sind diese Heft durch alle Buchhandlungen sowie unmittelbar vom Verlag.

Technik für alle. Technische Monatshefte. Bau- und Maschinen-technik, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiff- und Verkehrstechnik, Handel, Industrie und Weltwirtschaft. Verlag der Deutschen Monatshefte, Brandische Verlagshandlung, Stuttgart. Preis vierteljährlich 1,25 M. — Die uns vorliegenden Hefen vier Hefen sind ebenfalls reich an lehrreichen und belehrenden Beiträgen. Die Abhandlung des Dr. Sieppes über das „Wesensgeheimnis“ in Heft 10 von 1915 hat schon in Nr. 13 der Metallarbeiter-Zeitung eine eingehende Würdigung gefunden. Ueber selbständige Eisenbahnsignale mit besonderer Berücksichtigung der Zugsicherung auf der Strecke Spittelmarkt-Magdenplan-Nordring der Berliner Hoch- und Untergubndbahn (mit 24 Abbildungen) unterrichtet Hans Perwig den Leser. Wie der Flieger seinen Weg findet, zeigt Hanns Günther. Unsere heimischen Stichtoffquellen und ihre Bedeutung für die Landwirtschaft behandelt Prof. Dr. Neubauer. Weiter sind zu erwähnen: Eine neue Elektromagnetkonstruktion für medizinische Zwecke von E. Wilhelm. Hanns Günther plaudert über „Ingenieurkriege“. Er führt dem Leser die Zukunftsmöglichkeit vor Augen, daß man den Krieg nur mittels Maschinen zu führen brauche, während deren Center weit vom Schuß seien. Er meint am Schlusse seiner Plauderei, dies wäre vielleicht das Ende des Krieges, da ein Kampf der Maschinen sinnlos sei. In dieser Zeit des schrecklichsten aller Kriege möchte man einer solchen Volkstrost gern glauben, wenn man es könnte. Heft 11 bringt unter anderem eine kurze und anschauliche Uebersicht über die Entwicklung des deutschen Verkehrswesens nach einem Vortrag des Ministerialrats v. Böcker. Der folgende Beitrag, „Die Erhaltung von Lebensmitteln durch Kälte-Lagerung und Gefrierenlassen“, ist ebenfalls ein Auszug aus einem Vortrag, gehalten von Dipl.-Ing. Rich. Stetefeld. Ein weiterer größerer Beitrag von Hanns Günther schildert die Entwicklung des Unterseeboots. Eine Abhandlung von Prof. Dr. E. Rüst über „Chemische Formelschrift“ ist geeignet, dem Leser das Verständnis für Lesestoff aus dem Gebiete der Chemie zu erleichtern. Ein Aufsatz in Heft 12 schildert Versuche, dem Taucher ohne Schaden den Aufenthalt in größerer Tiefe und schnelleren Uebergang in gewöhnlichen Luftdruck zu ermöglichen. Ein weiterer Beitrag würdigt die Bedeutung des neuen Leipziger Hauptbahnhofes. Das erste Heft des Jahrgangs 1916 beginnt mit einer Schilderung von Hanns Günther über den „Kampf um den Kassenkranz“. Es handelt sich darum, wie die Geldstrankfäden sich die Fortschritte der Technik dienstbar zu machen suchen, und wie man ihre Tätigkeit trotzdem unwirksam zu machen trachtet. In die Gewinnung der Kalifalze weicht uns Bergingenieur E. Buchal ein. Einen neuen Versuch, nur auf einer Schiene fahren zu können, hat der russische Ingenieur Schilowatz gemacht. Ueber sein neues Kreisfahrzeugs berichtet Hans Perwig. Allerdings geht aus seiner Schilderung nicht hervor, woraus Schilowatzs Neuerung besteht und man wird abwarten müssen, wie diese Erfindung sich bewährt. Selbstverständlich hat auch der Krieg noch verschiedene Beiträge veranlaßt, die wir hier nicht weiter aufzählen können. Auch der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, soweit diese mit der Technik zusammenhängt, sind mehrere Arbeiten gewidmet. Viele Abbildungen erhöhen die Anschaulichkeit des Gebotenen. Außerdem bringen die technischen Monatshefte noch manche lehrreiche kleinere Mitteilungen.

Hilfsbuch für den Maschinenbau. Für Maschinentechniker sowie für den Unterricht an technischen Lehranstalten. Von Professor Dr. Freytag, königlicher Rat, Lehrer an den Technischen Staatslehranstalten in Chemnitz. Fünfte, erweiterte und verbesserte Auflage. Mit 1218 in den Text gedruckten Figuren, einer farbigen Tafel, 9 Konstruktionsstufen und einer Beilage für Oesterreich. Berlin, Verlag von Julius Springer, 1916. 1162 S. Preis in Leinen gebunden 10 M., in Leder 12 M. — Der Zweck dieses Lehrbuches ist, den Studierenden an technischen Lehranstalten auf wissenschaftlicher Grundlage die für ihren Beruf notwendige Kenntnis des gesamten Maschinenwesens in kurzer Uebersicht zu übermitteln und ferner dem Ingenieur beim Entwerfen und bei der Berechnung von Maschinenteilen als Hilfsbuch zu dienen. Das Werk hinaus muß es nach unserer Meinung aber auch geeignet sein, gewerkten jungen Maschinenbauern, auch Lehrlingen, die schon über einige Vorkenntnisse verfügen, die theoretische Kenntnis für ihr Fach zu erweitern und zu vertiefen. Der erste Abschnitt enthält das für den Maschinenbau Notwendige aus dem Gebiete der Mathematik, der zweite behandelt die technische Mechanik statischer Körper (Bewegungslehre, Hebelungslehre usw.), der dritte die Festigkeitslehre. Dann geht es an den eigentlichen Maschinenbau. Die weiteren Abschnitte behandeln die Maschinenteile, die Kraftmaschinen, die Arbeitsmaschinen, die Elektrotechnik und den Eisenbau. Ein Anhang besteht über die Wärmeigenschaften verschiedener Körper, Normalprofile, Gebläseanordnungen usw. Für Oesterreich ist eine besondere Beilage vorhanden, die viel wissenschaftliches über Gesetzesbestimmungen usw. enthält, die dort für den Maschinenbau maßgebend sind. Soweit wir gesehen haben, genügt die Darstellung des Lehrstoffes für den mit einigen Vorkenntnissen versehenen Fachmann vollkommen. Wir fügen noch hinzu, daß dieses Buch, wie alle Bücher, die bei Springer erscheinen, vorzüglich ausgearbeitet ist. Es verdient also in jeder Hinsicht aufs wärmste empfohlen zu werden. Für einen, der noch keine Fachkenntnis hat und sich erst über die Anfangsgründe unterrichten möchte, ist es allerdings nicht geeignet. Das ist jedoch auch nicht sein Zweck.

Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 8 des 21. Jahrgangs enthält: Einsehndung von Urteilen. — Streibruch und Streitarbeit. Von Professor Paul Dertmann. — Zum 75-jährigen Bestehen des königlichen Gewerbegerichts Warmen. Von Vorsitzender G. Dahmen. — Der Streit um die Anwendbarkeit des § 63 HGB. auf die Kriegseinkaufsverträge. Von Magistratsrat Dr. Neumann. — Rechtsprechung: Deutsche Gewerbe- und Berufungsgerichte (GG. Leipzig, Berlin, Berlin-Schöneberg). — Deutsche Kaufmanns- und Berufungsgerichte (GG. I Berlin, Hamburg, München). — Verfahren: Berufung des Einspruchstermins. Von Stadtmann Dr. Nuerzwald. — Einigungsämter und Kollektivverträge: Kollektivvereinbarung über Kriegszulagen im Holzgewerbe vor dem Gewerbegericht Leipzig. — Recht des Arbeitsvertrages: Das Recht des Provisionsgehältes auf Einseht in die Handelsbücher des Geschäftsherrn. Von Magistrat Dr. Landsberger. — Literatur: Mayer-Grünberg, Dienstvertrag der Handlungsgehilfen. — Verbandsangelegenheiten: Eingänge.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.) Samstag, 27. Mai: Augsburg. Gesellschaftsbrauerei, 8. Deimert. Volkshaus, halb 9 Uhr. Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl. Jschoc. Während der Dauer des Krieges wird hier keine Reiterunterstützung mehr ausbezahlt. Oerforden. Jschoc. Johann Bander, Formner, 48 Jahre, Lungentzündung. Leipzig. Emil Adolph, Gelbgießer, 62 Jahre, Lungenleiden. — Arno Kichenhaff, Elektromonteur, 18 Jahre, Lungentzündung. — Christian Kästner, Metallarbeiter, 61 Jahre, neurotisch. — Franz Gerold, Schlosser, 38 Jahre, Lungenleiden. Magdeburg. Max Fider, Klempner, 58 Jahre, Herzschwäche. — Franz Pabel, Gelbarbeiter, 45 J., Herzschlag. — Friedrich Hoße, Dreher, 64 Jahre, Lungenentzündung. Rommes-Postdam. R. Richter (90). — Hermann Weber (91). — Otto Gallus (92). Zutlingen. Wilhelm Tigeltinger, Instrumentenmacher, 30 Jahre, Gehirnerweichung. Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rätestraße 16 B.